

## **Antrag**

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
der Fraktion Die Linke  
der Piratenfraktion

### **Winterabschiebestopp für besonders schutzbedürftige Personen jetzt!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, einen sofortigen generellen Winterabschiebestopp für besonders schutzbedürftige Personen zu erlassen. Diese Regelung gilt bis einschließlich 31. März 2015 sowie jeden folgenden Winter vom 1. November eines Jahres bis einschließlich 31. März des Folgejahres. Angehörige diskriminierter Minderheiten wie Roma, Ashkali, Ägypter und Goranen in den Balkanstaaten sowie in anderen Regionen mit entsprechend problematischen Witterungs- und Unterkunftsbedingungen bedürfen des besonderen Schutzes. Auch für besonders schutzbedürftige Personen gemäß Art. 17 der EU-Aufnahmerichtlinie müssen die Wintermonate als Abschiebehindernis gelten.

### ***Begründung***

Bis 2012 fanden in den Wintermonaten in der Regel keine Abschiebungen besonders schutzbedürftiger Minderheiten durch die Berliner Ausländerbehörde statt. Doch seitdem hat die Berliner Ausländerbehörde einen Politikwechsel vollzogen. Kurz vor Weihnachten 2013 wurde damit begonnen, Flüchtlinge aus Serbien abzuschieben. Unter ihnen waren Familien mit kleinen Kindern, Jugendliche, die in Berlin aufgewachsen sind, und Menschen mit schweren Erkrankungen.

Dies stellt eine unzumutbare Härte dar. Denn für Angehörige von schutzbedürftigen Minderheiten wie Roma, Ashkali, Ägypter und Goranen stellt sich die Situation in den Balkanstaaten

besonders schwierig dar. Diesen Menschen wird in ihren Herkunftsländern zum Teil systematisch der Zugang zu Wohnraum, Schulbildung und Krankenversorgung oder auch die Registrierung als Arbeitsuchende verwehrt. Dies ergibt sich unter anderem aus den Lageberichten des Auswärtigen Amtes, den Entscheiderbriefen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und Berichten des Europarats sowie Berichten von Organisationen wie amnesty international und Human Rights Watch.

Die im April 2013 von PRO ASYL veröffentlichte Dokumentation „Serbien – ein sicherer Herkunftsstaat von Asylsuchenden in Deutschland?“ belegt eindrücklich, dass Menschen- und Minderheitenrechte in Serbien oft nur auf dem Papier gewährleistet sind. Von staatlicher Seite wird gegen rassistische und rechtsextreme Gewalt, der insbesondere Roma in besonderem Maße ausgesetzt sind, nur unzureichend vorgegangen. Nicht nur bei der Zwangsräumung von Roma-Siedlungen ist der serbische Staat selbst Urheber von Menschenrechtsverletzungen.

Deshalb ist aus Sicht der Antragstellerinnen die Abschiebung von Personen der genannten Gruppen grundsätzlich infrage zu stellen. Ein erster Schritt zur Vermeidung von Härten wäre ein Winterabschiebestopp. Im Winter verschärft sich die Lebenssituation schutzbedürftiger Minderheiten dramatisch. So führt zum Beispiel die Diskriminierung von Roma, Ashkali, Ägyptern und Goranen in Serbien, Mazedonien und im Kosovo dazu, dass viele Betroffene in kaum beheizbaren Behelfssiedlungen leben müssen und ihnen Obdachlosigkeit droht.

Viele andere Bundesländer verschiedener Koalitionen erlassen regelmäßig Winterabschiebestopps für diese Gruppen und weisen ihre Ausländerbehörden an, besonders schutzbedürftige Flüchtlinge während des gesamten Winters nicht abzuschieben. Berlin sollte dem in diesem Winter folgen und die Regelung vornehmen und verstetigen.

Berlin, den 09.12.2014

Pop Kapek Bayram  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

U. Wolf Breitenbach Taş  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion Die Linke

Delius Reinhardt Lauer  
und die übrigen Mitglieder der

## Piratenfraktion